

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1948**

7 (18.2.1948)

# Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 7

Mannheim, 18. Februar 1948

Preis 15 Pfg.

## Massenprotest gegen Speisekammergesetz

Ablenkungsmanöver und Massenbetrug — Nur Volkskontrolle kann helfen

Über 20 Millionen Haushaltungen werden in wenigen Tagen die Fragebogen zur Durchführung des Speisekammergesetzes, das unter dem Namen Speisekammergesetz u. in Bayern unter der treffenden Bezeichnung Haferlückergesetz bekannt ist, erhalten. Das ist also die Antwort einer unfähigen Bürokratie auf die Massenstreiks der westdeutschen Bevölkerung. In den leeren Speisekammern der Normalverbraucher sucht man die Lösung der Ernährungsfrage. In Wirklichkeit soll die hungernde Bevölkerung, deren Geduld am äußersten Ende angelangt ist, damit nur von den wahren Schuldigen abgelenkt werden, die nicht nur in der Bürokratie des Zweizonenwirtschaftsrates, sondern auch der Länder, Städte und Kreise sitzen. Die Bevölkerung empfindet dieses Speisekammergesetz als das was es ist, als eine Farce und als blutigen Spott und Hohn auf ihren leeren Magen. Ist denn die Stadtbevölkerung, abgesehen von Schiebern und Wucherern, sind denn die kleinen Bauern und Landwirte an unserer katastrophalen Ernährungslage schuld? Nein! Trotz aller Ablenkungsmanöver treten die wahren Schuldigen immer klarer hervor. Die sabotierenden Großgrundbesitzer, die Spekulanten der Nahrungsmittelindustrie u. des Großhandels u. ihre Helfershelfer in den Wirtschaftsverbänden und Verwaltungen, an ihrer Spitze der Hungerdiktator Schlange-Schönungen, dessen Beseitigung die Werktätigen immer vernünftlicher fordern, sie sind es! Und gegen sie muß sich der Kampf der Werktätigen der Städte, zusammen mit dem ehrlichen Teil der Landbevölkerung, richten. Nicht durch lächerliche Bürokratenstreiche und provokatorische Ablenkungsmanöver, sondern nur durch eine umfassende Volkskontrolle mit starker Exekutivgewalt kann die Katastrophe überwunden und die Erfassung und gerechte Verteilung der Lebensmittel gesichert werden.

Leider hat der württembergisch-badische Landtag nicht den Mut gefunden, das Speisekammergesetz abzulehnen, wie wir es in unserer letzten Nummer auf Grund einer Meldung von Radio Stuttgart berichteten. Dagegen scheinen die Bayern doch noch einen letzten Rest von Vernunft bewahrt zu haben, denn eine Denkmeldung besagt, daß das bayerische Ernährungsministerium telefonisch bei den übrigen Ländern der Bizone angefragt habe, ob diese das Gesetz überhaupt durchführen werden.

Das Speisekammergesetz stellt im Verein mit der katastrophalen Aushungerungspolitik eine ungeheuerliche Zumutung an die Bevölkerung dar.

### Unsere Leser zum Volkskongreß

In allen Bevölkerungskreisen des Westens, von den Schachtanlagen des Ruhrgebietes bis zu den bayerischen Alpen, ist die Volksbewegung für Deutschlands Einheit und gerechten Frieden in stetem, anhaltendem Wachsen begriffen. Die Bevölkerung Deutschlands gibt unmißverständlich kund, daß sie über ihren Weg zur staatlichen und politischen Neugestaltung selbst entscheiden will und wird. Wir fordern unsere Leser auf, auch ihren Willen und ihre Meinung kundzutun und uns schriftlich die Frage zu beantworten:

„Wie stehen Sie zur Einheit Deutschlands und was halten Sie vom Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden?“

Alle fortschrittlichen Männer, Frauen und Jugendlichen beteiligen sich durch ihre Zuschrift an dieser Rundfrage des „Badischen Volksechos.“

Unsummen, die in die Millionen gehen, wird der Steuerzahler dafür aufbringen müssen. Die Tätigkeit der Wirtschafts- und Ernährungsämter wird durch das Ausgeben, Einsammeln und Bearbeiten der Fragebogen erheblich gehemmt werden. Ein Heer von neuen Beamten, von Haferlückern und Speisekammerkontrolleuren, die sich würdig an die Seite der aus den dunkelsten Tagen der deutschen Kleinstaaterei berühmten Kaffeelecher jenes Preußenkönigs reihen, muß eingestellt werden. Unmengen von Papier, die besser für Schulhefte und Lesebücher für unsere Kinder Verwendung finden, werden zu wertloser Makulatur verwandelt. Die Bevölkerung will zu essen und verzichtet auf behördliche Schikanen. Mit der Kommunistischen Partei lehnen alle fortschrittlichen

Menschen das Speisekammergesetz ab, da es von den wahren Schuldigen ablenkt, die Volkskontrolle verhindert und statt Brot zu schaffen, die Ernährungsfrage nur noch vertieft.

### Speisekammergesetz eine Provokation

(EB) „Die Verkündung des gegen Arbeiter und Angestellte gerichteten Speisekammergesetzes empfinden wir als eine unerhörte Provokation.“ heißt es in einer Entschließung der Belegschaft der Robert-Bosch-Werke, Stuttgart, die auf einer Betriebsräteversammlung am Montag gefaßt wurde. Als Ausgangspunkt zu einer Aenderung der Zustände fordert die Entschließung das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften.

## Zur Überwindung des Hungers

Antrag der KPD im württembergisch-badischen Landtag

(EB) Die 63. Landtagsitzung befaßte sich mit der unhaltbaren Ernährungslage, gegen welche die Werktätigen und die Bevölkerung von Württemberg-Baden in einem mächtigen Generalstreik ihren Protest zum Ausdruck brachten. In einem Antrag, den wir nachstehend im Wortlaut bringen, zeigte die kommunistische Landtagsfraktion auf, welche Maßnahmen sofort ergriffen werden müssen, um erfolgreich den Kampf gegen den Hunger aufzunehmen:

### Antrag

Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, zur Überwindung des Hungers und zur Erhaltung der Arbeitskraft folgende Sofortmaßnahmen einzuleiten:

1. Sofortige Einführung der Beschäftigtenkarte für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.
2. Den Ausbau der angeordneten Ausschüsse zur Kontrolle der gewerblichen Wirtschaft und Verleihung des Beschlagnahmerechts bei überhöhten Lagerbeständen oder nicht angemeldeten Waren.

## 2. Deutscher Volkskongreß am 18. März 1948

### Kampf für Einheit ist demokratisches Recht

(EB) Auf einer Pressekonferenz, die der ständige Ausschuß des Berliner Volkskongresses veranstaltete, versuchten Vertreter verschiedener westlich lizenzierter Zeitungen und Nachrichtenagenturen das Verbot der Vorbereitungen zum Volkskongreß im amerikanischen Sektor mit Direktiven des Kontrollrates zu begründen, die jede nationalistische und chauvinistische Tätigkeit (!) in Deutschland untersagen.

Professor Brugsch wies diesen Versuch, die Einschränkung der demokratischen Freiheiten formaljuristisch zu rechtfertigen, mit dem Bemerkens zurück, daß das Auftreten gegen die Zerstückelung des Vaterlandes nichts mit Nationalismus zu tun habe, sondern das unabdingbare Recht jedes Volkes sei, zumal in den Potsdamer Beschlüssen ausdrücklich die Einheit Deutschlands vorgesehen ist. In Deutschland neige man dazu, von einem Extrem ins andere zu fallen. Das Gegenstück zum Nationalismus sei die nationale Selbstaufgabe. Der Volkskongreß strebe die Überwindung des willenslosen „Sichtreißens“ durch eine gesunde demokratische Masseninitiative an. Nur wenn es sich mit demokratischen Mitteln unbeirrt für seine nationale Existenz einsetze, könne das deutsche Volk auf einen gerechten Frieden hoffen.

Der Sekretär des ständigen Ausschusses, Wolf, wies an Hand der Zahl und der Parteizugehörigkeit der Dele-

gierten den überparteilichen Charakter der Volkskongreßbewegung nach und kündigte einen Protest gegen die Unterdrückung der demokratischen Freiheit im amerikanischen Sektor an. Wolf erinnerte in diesem Zusammenhang an die Äußerung General Clays, daß zu den unabdingbaren Rechten eines Volkes auch das Recht zähle, sich friedlich versammeln zu können.

### Widerstände werden hinweggefegt

(EB) Der am Grenzübergang nach Bayern gelegene thüringische Ort Probstzella hielt zum Wochenende einen Kongreß für Einheit und gerechten Frieden ab, dem durch die Teilnahme von Delegierten aus der amerikanischen Zone besondere Bedeutung zukam.

Der Landesorganisationsleiter der LDP in Thüringen, Dr. Elster, entbot den Delegierten der Westzonen den besonderen Gruß: „Eines Tages“, rief er ihnen zu, „werden alle sich der Volkskongreßbewegung im Westen entgegenstellenden Widerstände hinweggefegt sein. Berichtet in der Heimat von dem starken Willen der Ostzone zur Einheit Deutschlands.“

Nachhaltigen Eindruck hinterließ auch die Schilderung des Heimkehrers Carke über die Aufnahme des Volkskongreßgedankens in den Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion. Die Kriegsgefangenen wollten keine durch Schlagbäume getrennte Heimat, sondern ersehnten ohne Ausnahme ein wirklich geeintes Deutschland.

## 1848 mahnt 1948

„Wenn über manches die Ansichten auseinandergehen, über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel, es ist die Forderung der ganzen Nation.“

Heinrich v. Gagern

„Die deutsche Einheit wie die deutsche Verfassung können nur als Resultat aus einer Bewegung hervorgehen...“

Karl Marx

„Aus dem Geist einer mächtigen Volkserhebung muß auch die Form, die ihn fassen soll, geschaffen werden.“

Ludwig Uhland

## 7. Tagung des Parteivorstandes der SED

(EB) Unter dem Vorsitz von W.-Pieck und Otto Grote wohnte am 11. und 12. Februar 1948 in Berlin der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Wilh. Pieck gab den Bericht über die Tätigkeit des Zentralsekretariats, wobei er aus der Fülle der Probleme und Aufgaben die große, alles beherrschende Aufgabe des Kampfes um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden besonders hervorhob. Die Abmachung über die Frankfurter Zweizonen-Regierung sind der bisher verhängnisvollste Schritt zur Zerreißung Deutschlands. Das Verhalten der westdeutschen Regierungen zum Frankfurter Wirtschaftsrat entlarvt zugleich den von Adenauer ausgehenden Vorschlag einer gesamtdeutschen Beratung der Landesregierungen und -parlamente als ein Manöver zur Ablenkung von dem Frankfurter Verrat an der Einheit Deutschlands.

Demgegenüber gewinnt die Volksbewegung für den Deutschen Volkskongreß, der am 17. und 18. März zum zweiten Male zusammengetreten wird, eine besonders große Bedeutung. Die Verbote der Volkskongresse, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in den drei westlichen Zonen und im amerikanischen Sektor Berlins zeugen davon, daß alle an der Zerreißung Deutschlands interessierten und beteiligten Kreise die an Einfluß wachsende Bewegung für den Deutschen Volkskongreß fürchten. Darin muß der Ansporn für die gesamte Partei liegen, in gemeinsamer Arbeit mit allen demokratischen Kräften alles daran zu setzen, damit die Tagung des Deutschen Volkskongresses zu einer machtvollen Kundgebung des ganzen deutschen Volkes werde.

Paul Wandel entwarf in seinem Referat „Intellektuelle und Partei“ ein Bild der geistigen Situation der deutschen Intellektuellen und entwickelte die Aufgaben zu ihrer Einbeziehung in die konsequent demokratische Bewegung.

Walter Ulbricht bezeichnete in seinem Referat über die nächsten demokratischen und wirtschaftlichen Aufgaben den Frankfurter Zweizonenrat als eine Protektorsregierung des USA-Imperialismus. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und mit ihr die KPD der Westzonen halten demgegenüber unbeirrt an der gesamtdeutschen Politik fest, die auf Herstellung der Einheit Deutschlands und eine konsequente Demokratisierung Deutschlands gerichtet ist.

Nach den Referaten fand eine sehr fruchtbare Aussprache statt, in der wertvolle Anregungen gegeben und die Ausführungen der Referenten gebilligt wurden.

### FDP Westfalens für deutsche Einheit

(EB) Die freien Demokraten Westfalens haben sich, wie die Zeitung „Deutschlands Stimme“ meldet, für Dr. Külz und seine positive Haltung zur Einheit Deutschlands entschieden. „Die von Dr. Külz auf dem Berliner Volkskongreß ausgesprochenen Gedanken sind auch unsere Gedanken“, schreibt das in Münster erscheinende Mitteilungsblatt des FDP Nordrhein-Westfalen.

### CDU nimmt am Volkskongreß teil

Wie die Pressestelle der CDU mitteilt, haben die Vorsitzenden der Landesverbände der CDU die Teilnahme der CDU der sowjetischen Zone am 2. Deutschen Volkskongreß in Berlin am 18. März 1948 beschlossen.

Demokratisches Grundgebot: das Volk soll sprechen!

Im Leitartikel des „Morgen“ wendet sich Dr. Külz am 15. Februar gegen die Pseudo-Demokraten und Spalter Deutschlands und bezeichnet es als das elementarste demokratische Grundgebot, das gesamtdeutsche Volk selbst sprechen zu lassen. Das Ergebnis würde „ein einstimmiges, klares Bekenntnis zur deutschen Einheit“ sein.

„Auf dieser gewonnenen festen und einheitlichen Grundlage lasse man das deutsche Volk selbständig aufbauen. Man gebe ihm eine gesamtdeutsche Regierung, eine deutsche Verfassung und ein gesamtdeutsches Parlament. Die 17 Ministerpräsidenten, die 157 Minister und die 2000 Abgeordnete die wir in den Ländern haben, sind gewiß in ihrer großen Mehrzahl ehrenwerte Leute, aber eine gesamtdeutsche Repräsentation sind sie weder für das deutsche Volk, noch für einen deutschen Staat, noch für einen Frieden für Deutschland.“

Das Ende des Imperialismus

Die verhängnisvolle Politik ausländischer Imperialisten, deren Folgen sich heute in Deutschland bitter bemerkbar machen, zeigt, daß es immer und immer wieder notwendig ist, auf die Lehren der Geschichte hinzuweisen. Auch heute trifft zu, was Lenin bereits nach dem ersten Weltkrieg sagte:

„Wir sehen, wie England und Amerika — Länder, die mehr als andere die Möglichkeit hatten, demokratische Staaten zu bleiben — sich ebenso wild und verrückt übernommen haben wie seinerzeit Deutschland und sich daher ebenso schnell vielleicht aber auch schneller noch jenem Ende nähern, das der deutsche Imperialismus so erfolgreich vorgemacht hat. Zuerst ist dieser auf drei Viertel von Europa ungläublich angeschwollen und hat sich aufgebläht, dann aber ist er unter Zurücklassung eines fürchterlichen Gestanks geplatzt. Und diesem Ende eilen jetzt der englische wie der amerikanische Imperialismus zu.“

VVN

Am 22. Februar 1948 findet im Nationaltheater, um 9 Uhr morgens, die Generalversammlung statt. Alle politisch, religiös und rassistisch Verfolgten nehmen an dieser außerordentlich wichtigen Zusammenkunft teil.

Vor 100 Jahren

Karl Marx schreibt das „Kommunistische Manifest“

Das Frühjahr 1948 bringt der Welt des Sozialismus eine Reihe von hundertjährigen Erinnerungstagen: Am 21. Februar 1848, zu einer Zeit, als sich nicht nur die bürgerlich-demokratische Revolution im feudalen Europa ankündete, sondern in fortgeschrittenen Ländern, wie Frankreich und England, bereits die proletarische Klasse in ersten Aktionen um die Lösung der sozialen Frage in das geschichtliche Geschehen eingriff, erschien die erste Auflage des Programms der Kommunistischen Partei, „Das Kommunistische Manifest“, in deutscher Sprache. Aber nicht nur für die deutsche Arbeiterbewegung hat deshalb der Tag des 21. Februar 1848 eine große historische Bedeutung, sondern es ist der Geburtstag des wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt. In wenigen Jahrzehnten ward die Schrift in die wichtigsten Sprachen übersetzt und trotz mannigfacher Schwierigkeiten gedruckt und veröffentlicht.

Bekannte amerikanische Persönlichkeiten gegen die USA-Politik in Westdeutschland

Gegen die Spaltung Deutschlands — gegen Separatfrieden

(PD) Nachdem vor kurzem der ehemalige USA-Außenminister Sumner Welles sich in scharfen Worten gegen die USA-Politik in Deutschland wandte, gaben jetzt 37 bekannte USA-Persönlichkeiten eine Erklärung ab, in der sie gleichfalls an der gesamten USA-Besatzungspolitik in Deutschland starke Kritik üben. Unter den Unterzeichnern dieser Erklärung befindet sich der Sohn Franklin D. Roosevelts, Elliot Roosevelt, der ehemalige Chef der Dekartellierungsabteilung der USA-Militärregierung James S. Martin, der frühere Staatsanwalt zur Aburteilung der Naziindustriellen L. Pommerantz, der ehemalige stv. Generalstaatsanwalt O. Jon Rogge, der bekannte Autor Loui Adamic, der Journalist Leonhard Bernstein, Bildhauer Jo Davidson, der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft A. F. Whitney u. a. Die Erklärung ist charakteristisch für die wachsende Opposition in den Kreisen der Intelligenz gegen die USA-Politik in Deutschland.

Unter der Überschrift „Die letzte Chance in Deutschland“ weist die Erklärung auf die gemeinsam gefaßten Beschlüsse der Alliierten hin, durch deren Durchführung Faschismus und Kriegsgefahr ein für alle Male beseitigt werden sollen. Doch das amerikanische Volk muß endlich die unangenehme Wahrheit erfahren, daß das Versprechen von Potsdam nicht erfüllt wurde und mit dem Versuch des Abschlusses eines Separatfriedens mit Westdeutschland ein großer Schritt vorwärts zum Kriege gemacht wird. Entgegen der Politik Roosevelts wurden in Westdeutschland die deutschen Kriegsverbrecher nicht entmachtet und Nazis und Junker werden durch unsere

eigenen Beamten in der Militärregierung gedeckt. Die nazistische Rüstungsindustrie ist nicht beseitigt worden, die deutschen Monopole bestehen weiter und USA-Konzerne nehmen ihre alten Verbindungen mit der Monopolindustrie Deutschlands auf und befestigen sie, mit Unterstützung der USA-Regierung.

Die Spaltung Deutschlands würde Konsequenzen von historischer Ungeheuerlichkeit nach sich ziehen, und die Bestrebungen der zwei auseinandergerissenen Teile Deutschlands nach einer Wiedervereinigung würden Europa in ewige Unruhe versetzen.

Demgegenüber verlangen die Unterzeichner die Rückkehr zu jener von den Alliierten in bezug auf Deutschland vereinbarten Politik, deren Voraussetzung eine einheitliche Gestaltung Deutschlands ist. Sie schlagen folgendes Programm zur Lösung der Probleme vor:

- 1. Kein Separatfriede mit einem Teil-Deutschland.
2. Die Frage der Reparationen kann und muß für alle Nationen, welche gemeinsam gegen Hitler kämpften, zufriedenstellend geregelt werden.
3. Wir müssen das Versprechen Franklin Roosevelts einlösen:
a) den deutschen Antifaschisten beim Wiederaufbau eines einheitlichen und demokratischen Staates zu helfen;
b) die monopolistischen Stützpunkte in der Wirtschaft Deutschlands zu zerstören;
c) die Kriegsverbrecher zu bestrafen;
d) sämtliche Kriegsbetriebe zu demontieren.

„Protokoll M“ und „Provokation M“

Sensationelle Enthüllungen der Zeitung „Unser Tag“ Lizenzpresse schweigt

Gerade jetzt, da dunkle Elemente mit plumpen Fälschungen, wie das „Protokoll M“, die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere die Kommunistische Partei, provozieren wollen, nimmt ein anderer Fall eines Provokationsversuches eine Entwicklung, die dringend eine endgültige Klärung erheischt.

Wir haben schon mehrfach von der „Provokation M“ berichtet, jenem mysteriösen Angebot von 100 kg Picrinäure, also einem Sprengstoff, das die Chemische Fabrik Merck, Darmstadt, der Kommunistischen Partei in Freiburg machte. Auf eine Anfrage der KPD im hessischen Landtag ließ der Ministerpräsident antworten, die ganze Sache sei „ausschließlich Angelegenheit der amerikanischen Militärregierung.“ Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß hier der klassische Fall einer Provokation vorliegt. Die Ungeschicklichkeit der Fälscher und die Wachsamkeit der Kommunistischen Partei in Freiburg, welche die Manöver durchschaute und sich sofort an die Öffentlichkeit wandte, brachten das unverschämte Manöver zum Scheitern.

Die Zeitung „Unser Tag“ in Offenburg/Baden veröffentlichte am 1. 8. 1947 ein Schreiben der amerikanischen

Militärregierung in Darmstadt, das der Angelegenheit eine sensationelle Wendung gibt. Das Schreiben lautet:

„Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß der zugrundeliegende Brief sofort nach Erhalt dem amerikanischen Armeesicherheitsdienst übermittelt wurde und daß die Aktion der Firma Merck auf den Rat und die Anordnung dieser Dienststelle unternommen worden ist. Die Militärregierung und die Firma Merck sind an dieser Angelegenheit nicht weiter interessiert oder beteiligt, die von der Sicherheitsdienststelle geprüft wurde.“

Bei dieser Mitteilung verspricht es einem die Sprache. Man wagt kaum auszusenden, was sie eigentlich besagen will. Das Schreiben der Militärregierung bedeutet keineswegs den Abschluß dieser Affäre. Restlose Klarheit ist unbedingt erforderlich. Warum schweigt die gesamte lizenzierte Presse? Warum enthält sie diese Vorgänge ihren Lesern vor? „Protokoll M“ und „Provokation M“ stammen beide aus derselben unsauberen Quelle, entgegen der Absicht ihrer Urheber haben sie ihre Wirkung verfehlt. Der Verdacht aber besteht, und er richtet sich nicht gegen die KPD.

des Ringens sozialer Klassen ist, des Kampfes ausbeutender und unterdrückender mit ausgebeuteten und unterdrückten Klassen, und die ursächliche Gesetzmäßigkeit im Ablauf des Geschichtsprozesses aufgezeigt. Die höchste Stufe dieser Entwicklungsgeschichte bildet der Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus; nicht um neue Formen der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere zu erreichen, sondern zum Bau einer neuen Gesellschaftsordnung, in der alle Klassenunterschiede aufgehoben und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden ist.

„Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet“, so lautet der erste Satz.

Die Hetze der alten Mächte hat im Verlauf der 100jährigen Geschichte des Sozialismus gewiß nicht nachgelassen; Die Hetze der Publizisten und bestellten Ideologen des Kapitalismus, der Kampf mit und ohne Glacéhandschuhen, der „wissenschaftliche“ Kampf der Marx-

Dreimächtekonferenz in London rechtswidrig

„Neues Deutschland“ berichtet in seiner Sonntagsausgabe von einer Erklärung der Sowjetunion, in welcher die Einberufung einer Dreimächtekonferenz nach London als eine Verletzung des Potsdamer Abkommens und anderer Beschlüsse bezeichnet wird. Die sowjetische Regierung wird die Beschlüsse, die auf dieser Beratung angenommen werden, nicht als rechtsgültig ansehen, denn nach den Vereinbarungen der vier Großmächte soll die Verantwortung für die Verwaltung Deutschlands und die Bestimmung der Politik Deutschland gegenüber von den Besatzungsmächten gemeinsam getragen werden, sodaß ein separates Vorgehen ausgeschlossen ist.

31 Nazi-Staatsanwälte leiten die Entnazifizierung!

(EB) Wie der Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld bekanntgab, sind beim Spruchgericht in Bielefeld, also bei der obersten Entnazifizierungsstelle der britischen Zone, von 34 Staatsanwälten nur 31 ehemalige Angehörige der Nazi-Partei oder einer ihrer Gliederungen. So also sieht die politische Säuberung in der britischen Zone aus. Dort werden offensichtlich vorzugsweise frühere Pg's als Staatsanwälte für die Durchführung der Entnazifizierung gesucht.

Neue Pachtkündigungen. Wie lange noch?

Es ist schon wieder so weit. Auf Arbeiter, Angestellte und andere Werktätige braucht anscheinend unsere Bürokratie nicht im geringsten Rücksicht zu nehmen. Hat sich ein Werktätiger mit vieler Mühe ein Stückchen Land urbar gemacht, dann kommt irgend ein Amt und nimmt das Land wieder weg. Wir haben vor drei Wochen über die Pachtkündigungen in der Untermühlstraße berichtet, die mehrere Belegschaftsmitglieder der Firma Hutchinson betroffen hat. Nun wird uns mitgeteilt, daß in derselben Straße weiteren 25 Kleingärtnern von heute auf morgen gekündigt wurde. Am 6. Februar wurde ihnen mitgeteilt, daß die Gärten am 14. Februar geräumt werden müssen. Das Badische Domänenamt Heidelberg vergibt das Gelände an irgendwelche Unternehmen, die wahrscheinlich ihr Geld, wie üblich, wertbeständig anlegen wollen. Auf die Kleinpächter wird keine Rücksicht genommen. Diese Methoden fordern den schärfsten Protest heraus. Das Domänenamt ist staatlich, aber auch die Stadtverwaltung ist hierbei im Spiele, denn unserem Vernehmen nach hat die Abteilung Stadterweiterung die Unternehmer eben auf dieses Gelände verwiesen. Hier muß unbedingt der Stadtrat eingreifen und es muß geprüft werden, ob man nicht andere Plätze für die betr. Firmen bereitstellen kann, wenn eine Notwendigkeit besteht. Es gibt in Mannheim immer noch genügend Brachland und es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet kleingärtnerisch benutztes Gelände genommen werden muß. -gr-

Widerleger, Marx-Fälscher und Marx-Verdreher und der brutale Terror dann, wenn die Fälschung nicht mehr ausreichend genug erschien, den Bestand des kapitalistischen Systems zu garantieren.

Der letzte Abschnitt des Kommunistischen Manifestes beginnt mit dem Satz: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verbergen“. Wo bleibt da der Raum für die sogenannten „Kommunistischen Geheimpläne“ und „Protokolle M“, welche die kapitalistischen Mächte und ihre Lakaien fabulieren und fabrizieren, um von der eigenen Schuld an dem großen Elend des Volkes abzulenken und ihren antidemokratischen Feldzügen den Schein der Gerechtigkeit zu verleihen?

Die jüngste Geschichte lehrt uns, daß die herrschende Klasse keine Mittel scheut, um den Bestand ihrer faulen und morschen kapitalistischen Herrschaft zu retten.

Aber die Geschichte lehrt uns noch mehr: Mit oder ohne Glacéhandschuhen, der Kommunismus ist unbesiegbare Salm.

## Neue verbrecherische Provokationen beabsichtigt

Der bekannte Journalist Albert Norden befaßt sich in einem Artikel der „Tägl. Rundschau“ vom 22. 1. mit dem provokatorischen „Protokoll M“ und seinen Vorläufern, angefangen von den gefälschten Schriftstücken des Kölner Kommunistenprozesses bis zu den „Protokollen der Weisen von Zion.“ Um die Kommunisten außerhalb des Gesetzes zu stellen und sie, welche die entschlossenen Verfechter der einheitlichen deutschen Volksrepublik sind, zu diffamieren, sind neue ungeheuerliche Dinge beabsichtigt. Norden schreibt: „Protokoll M“ ist nicht die erste Provokation und wird wahrscheinlich nicht die letzte bleiben. Diejenigen, die es fabrizieren ließen, denken an schlimmere Dinge. Diese kläglichen Imitatoren von Goebbels wollen das Erzeugnis ihrer armseligen Phantasie benutzen, um die Volkskongreßbewegung zu zerstören und die Kommunistische Partei in Westdeutschland zu verbieten. Und gewisse Abenteuerer aus dem hanoverschen Parteivorstand diskutieren allen Ernstes mit Beamten der amerikanischen Militärregierung die Frage, ob man nicht einige amerikanische Offiziere über die Kille springen lassen soll, um ihre Tötung den Kommunisten oder den Russen in die Schuhe zu schieben.

Es ist Zeit, an alle Deutschen, die sich ihre Sauberkeit bewahrt haben, und vor allem an die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre zu appellieren, auf daß sie dieser politischen Giftmischerei widersagen und die Quellen verstopfen, aus denen diese Hetzereien ausgespielt werden. Das Lumpenpack, das selber nicht an die Fälschungen glaubt, aber andere daran glauben machen will, soll seiner Machwerke nicht froh werden. Die Bewegung für Demokratie und Sozialismus ist gleich einem Ozean, der allen Schmutz zu Boden schlägt. Sie erhebt sich um so höher, je tiefer ihre Feinde in der Wahl ihrer Mittel sinken.

## Kriegshetzer am Werk — Was tut die Heimat?

Der Kgf. Eugen Grimm aus Wiesbaden bei Heidelberg schreibt uns:

Aus den deutschen Zeitungen entnehmen wir, daß wir Kriegsgefangenen in Rußland Gegenstand einer üblen Hetze sind. Es braucht sich niemand Sorgen um uns zu machen. Soweit wir aus Briefen über die Ernährungslage in Deutschland informiert sind, lesen wir immer noch bedeutend besser als die deutsche Bevölkerung. — Viel wichtiger ist es für uns, zu wissen, was in der Heimat getan wird, um aus der gegenwärtigen Not herauszukommen und welche Maßnahmen getroffen worden sind, um künftige Katastrophen zu vermeiden. Leider hören wir darüber nichts erfreuliches. Die Narben des letzten Krieges sind noch lange nicht verheilt und wir noch in Gefangenschaft und schon wieder sind die verantwortungslosen Kriegshetzer am Werk.

Mit sozialistischem Gruß  
gez. Eugen Grimm,  
UdSSR, Lager 7315/1

## Nazi-Pg. wird Bürgermeister

In der schwarzen Ecke unseres Landes, in Königshofen, stellte die CDU den Nazi-Pg. und Reichsbahnrat a. D. Wörlein als Bürgermeisterkandidaten auf, der auch gewählt wurde. Kurz vor der Wahl jedoch tauchten in Königshofen Flugblätter auf, die sich in ziemlich unangenehmer Weise mit der Person des Herrn Wörlein beschäftigten. Nach altbekannter Methode verdächtigte Herr Wörlein sofort die Kommunistische Partei als Urheberin dieser Flugblätter. Dieses Manöver des jetzigen Herrn Bürgermeisters wird aber durch eine Erklärung der Kommunisten von Königshofen, daß weder sie noch die Kommunistische Partei Verteiler und Verfasser der Flugblätter sind, zuschanden gemacht. Indessen ist bekannt, daß selbst ein beträchtlicher Teil der CDU-Wähler mit der Aufstellung eines Nazis als Bürgermeisterkandidaten nicht einverstanden war und daß in diesen Kreisen die Hersteller und Verteiler des Flugblattes zu suchen sind. Die Kommunisten werden ihre Stellungnahme gegenüber Bürgermeister Wörlein von seiner wirklich demokratischen Haltung und seiner Bereitschaft, mit allen fortschrittlichen und demokratischen Elementen Königshofens zusammenzuarbeiten, abhängig machen.

## Salto mortale der Entnazifizierung

Schreiendes Unrecht gegen kleine Pg's. - OMGUS durchlöchert Gesetz 104

(VSt.) Die Mitarbeiter an den Spruchkammern werden nicht wenig erstaunt gewesen sein, als sie das letzte Amtsblatt des Ministeriums für politische Befreiung Württemberg-Baden vom Februar 1948 in die Hände genommen haben. Noch mehr Ursache zu staunen, werden aber die Massen der ehemaligen kleinen Pg's. haben, wenn sie erfahren, daß diejenigen, die einstmalig ihre Verführer waren, nunmehr auf die gleiche Stufe mit ihnen gestellt und jetzt ohne weiteres zu Mitläufern werden können.

Das ist, in nackten Worten gesagt, der Inhalt des letzten Erlasses des Befreiungsministeriums. Er ist die Folge der neuen Weisungen von OMGUS Berlin, deren Durchführung in der Sitzung des Länderratsausschusses für Entnazifizierung am 30. Januar 1948 für die gesamte US-Zone festgelegt wurde. Die Auswirkung geht dahin, daß die ehemaligen Herren Amtsträger und Beamten der NSDAP sowie die Mitglieder des Korps der Politischen Leiter, soweit sie nicht unter das Nürnberger Urteil fallen, daß u. a. Angehörige der Reichspressekammer, der Reichsrundfunkkammer, ja selbst der Reichstagsfraktion der NSDAP, soweit diese nicht unter die Nürnberger Gesetze fallen, daß leitende Beamte des ehemaligen Reichsnährstandes, daß alle Amtsträger der Arbeitsfront und leitende Beamte der Wirtschaftskammern sowie Vorsitzende, ständige Richter und Leiter der Anklagebehörden der Sondergerichte mit „blütenweißer Weste“ an das Licht des Tages treten werden.

Man sagt zwar, daß die gesamte Verantwortung für die anzuklagenden Personen der Klasse II beim öffentlichen Kläger liege, betont jedoch gleichzeitig, daß grundsätzlich alle diese Personen, ohne Rücksicht auf ihre früher gehaltenen Ämter, Ränge

oder Stellungen innerhalb der NSDAP und ihrer Gliederungen, in Gruppe IV eingestuft werden können. Eine Maßnahme, die ein schreiendes Unrecht gegenüber all den kleinen Pg's. darstellt und mit einem Schlag den politischen Sinn und Zweck des Gesetzes 104 zerstört. Unter solchen Bedingungen ist die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, als eine unerläßliche Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau, wie es so schön in der Einleitung zum Gesetz 104 heißt, einfach nicht mehr möglich. Das Gesetz selbst wird durch die hier vorgenommene Auslegung und Anwendung des Art. 33, Ziffer 4, Absatz 2, in einem Umfang durchlöchert und negiert, die bei jedem aufrechten Gegner des Nazismus nur mit Entrüstung entgegengenommen werden kann. Es scheint, daß man die Praxis einer Reihe von Kammern, die es wagten, SS-Führer und Kreisleiter als Entlastete herauszubringen, und dafür Antifaschisten, wie Gertrud Müller, in die Gruppe der Hauptschuldigen einzustufen, zur Allgemeinpraxis erheben will.

Wie soll man diesen Versuch, sich der unangenehmen Aufgabe der Entnazifizierung durch einen Salto mortale zu erledigen, mit dem Protest der Presse gegen jene bekannten Angriffe des Pfarrers Niemöller auf das Gesetz Nr. 104 in Einklang bringen? Frohlockend werden diese Änderungen nur von dem kleinen Häufchen der Aktivisten begrüßt und von jenen Reaktionen, die diese Aktivisten gerne wieder in Amt und Würden sähen, zum Schaden einer echten demokratischen Entwicklung, zum Schaden für die Zukunft des deutschen Volkes. Der Landesvorstand der Kommunistischen Partei wird demnächst zur Frage der weiteren Mitarbeit ihrer Mitglieder in den Spruchkammern Stellung nehmen.

## Des Volkes Meinung

Speisekammergesetz stößt auf allseitige Ablehnung

(EB) Wenn der Wert und die Güte eines Gesetzes nach der Beurteilung, die es beim Volke findet, ermessens werden kann, dann kann man ruhig sagen, daß das Speisekammergesetz ein ausgesprochener Mißgriff war. Getreu seinem Grundsatz, „Immer das Ohr beim Volke zu haben“, stellte das „Badische Volksecho“ den verschiedensten Personen aus allen Kreisen der Bevölkerung folgende Frage:

Sind Sie für oder gegen das Speisekammergesetz und was halten Sie davon?

Die Antwort stellte übereinstimmend eine glatte Absage an diese reaktionäre Mißgeburt dar.

Polizeirat Rister: Ich halte das Gesetz für falsch. Der kleine Mann darf nicht befragt werden, man soll die Lebensmittel beim Bauern holen. Es wäre notwendig, gewerkschaftliche Ueberwachungsorgane einzuschalten, damit die Ware richtig erfaßt und gerecht verteilt wird.

Leiter des Gewerbeamtes Mannheim, Wucherpfennig: Ich bin persönlich dagegen. Es wird nur den armen Teufel treffen, wenn es so durchgeführt wird, wie es in der Zeitung steht. Es wird uns einen Haufen Geld kosten und der Effekt wird gleich Null sein.

Polizeibeamter Deobald: Wenn das Gesetz gegenüber den Gewerbetreibenden und den Großbauern angewendet wird, besteht es zu Recht. Man könnte dadurch bei der Industrie und den Erzeugern die wirklichen Bestände feststellen. Aber sonst dem Normalverbraucher gegenüber ist es ein Eingriff, der nicht gutgeheißen werden kann.

Bürgermeister Böttger: Ich bin gegen das Speisekammergesetz, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß dadurch mehr Lebensmittel auf den Tisch des kleinen Mannes kommen.

Hausfrau Wieland: Lassen Sie mich mit dem blöden Gesetz in Ruhe. Man verlangt nun von uns, den 199. Fragebogen auszufüllen. Wenn man bei mir zu Hause die Lebensmittelbestände überprüfen will, dann kann man mir höchstens 1 Laib Brot zusätzlich mitbringen, damit ich endlich einmal meine 3 Kinder satt machen kann. An Stelle unsere nichtvorhandenen Lebensmittel zu suchen, wäre es besser, wenn man uns wirklich die aufgerufenen Rationen geben würde.

Ich habe von den meiner Familie zustehenden 5 Zentner Kartoffeln nur 4 Zentner bekommen und soll damit das ganze Jahr auskommen.

Betriebsrat Geiß (Daimler-Benz): Ich halte es für einen großen Unsinn, weil durch dieses Gesetz die Erfassung der Vorräte nicht gesichert wird. Diejenigen, die Vorräte besitzen, werden doch falsche Angaben machen. Man muß 1. einmal richtig planen, was angebaut werden muß und 2. dann bestimmen, was abgeliefert werden muß. Die kleinen Bauern soll man von dieser Aktion ausschalten. Hauptsächlich die Großgrundbesitzer, die Großbauern und auch noch die mittleren Bauern müssen von dem Gesetze betroffen werden. Aber auch die Industrie muß genau so streng unter das Gesetz fallen, dann kann man auch den Bauern die notwendigsten Werkzeuge und Gebrauchsgegenstände liefern.

Beamter des Landeswirtschaftsamtes, Stemmler: Wenn man offen sprechen soll, kann man nur sagen, daß man dieses Gesetz als einen großen Unsinn ansieht, denn man müßte ja in jeden Betrieb und in jeden Haushalt einen Polizeibeamten setzen, um wahrheitsgetreue Angaben zu erhalten. Schade, um Papier, Arbeit und Zeit, um dieses Gesetz, bei dem nichts herauskommt, durchzusetzen.

Kleiner Geschäftsmann Dietrich, Milch, Eier, Butter, J 4a: Ich halte nichts davon. Derjenige, der was hat, meldet es doch nicht an. Die Bauern und Großen werden trotz Gesetz nichts herausrücken.

Amtmann Reichle, Ernährungsamt: Die aufgewendete Arbeit wird den evtl. Erfolg nicht rechtfertigen.

## Wasser statt Milch!

Wie die Landespolizeidirektion mitteilt, wurden bei einer Milchkontrolle in den Orten Philippsburg, Rheinhausen, Oberhausen, Rheinsheim, Kirrlach und Hambrücken insgesamt 32 Milchablieferer zur Anzeige gebracht. Diese hatten der abzuliefernden Milch durchschnittlich 10—55 Prozent Wasser zugesetzt.

Hoffen wir, daß eine exemplarische Bestrafung diese „Ehrenmänner“ von weiteren Wasserexperimenten abhalten wird.

## Unternehmertricks

Wie die Unternehmerverbände zusammenarbeiten, um die Forderungen der Werktätigen unwirksam zu machen, zeigt ein Vorgang, der sich dieser Tage bei der Firma Lanz ereignet hat. Gelegentlich einer Besprechung zwischen Betriebsrat und Direktion über die Frage einer Betriebsvereinbarung bezog sich die Direktion auf ein Schreiben, das ihr vermutlich von der Industrie- und Handelskammer oder aber von dem entsprechenden Unternehmerverband zugegangen war. Darin werden die Unternehmer aufgefordert, Wünsche der Belegschaft nach einer Betriebsvereinbarung zurückzuweisen unter Hinweis auf ein Stillhalteabkommen, das zusammen mit der Gewerkschaft bei der Firma Goldschmidt in Mannheim vereinbart worden sei.

Bei der Firma Goldschmidt war es vor einiger Zeit zu einem Streikbeschuß der Belegschaft gekommen und ein Schiedsgericht sollte die Angelegenheit schlichten. Arbeitsminister Kohl gab uns auf telefonische Anfrage folgende Erklärung:

Das Arbeitsministerium sei durchaus nicht mit dem Stillhalteabkommen einverstanden gewesen. Nachdem jedoch der Vertreter der Gewerkschaft, Schwarz (Mannheim), auf dieser Vereinbarung bestanden habe, war von Seiten des Arbeitsministeriums keine Veranlassung mehr gegeben, das Schiedsgericht anzurufen. Es gehe jedoch nicht an, daß sich andere Firmen in bezug auf Betriebsvereinbarungen auf das Stillhalteabkommen bei der Firma Goldschmidt, das einen ganz anderen Sinn habe, berufen.

Diese Erklärung ist eindeutig. Die Arbeiter bei Lanz und in allen anderen Betrieben werden sich also durch noch so gerissene Unternehmertricks nicht davon abhalten lassen, weiterhin um den Abschluß von Betriebsvereinbarungen zu kämpfen.

## Gesundheitsschädlicher Zucker!

Höchst eigenartige Meldungen bringen verschiedene Blätter über den Kubazucker, der an Stelle des ausgefallenen Fettes an die Bevölkerung ausgegeben werden soll. Verschiedene Sendungen sollen nicht nur ungenießbar, sondern selbst bei kleinen Proben direkt gesundheitsschädlich sein. Vorerst wird versucht, den Zucker in verschiedenen Fabriken zu bearbeiten, um ihn überhaupt gebrauchsfähig zu machen. Aus verschiedenen Orten wird berichtet, daß der Zucker durch Insekten und dergleichen verunreinigt ist. Die Hausfrauen stellen fest, daß der bereits ausgegebene Zucker einen starken Nachgeschmack aufweist. Es wäre interessant, zu erfahren, wieviel Verlust die Bearbeitung in den Fabriken mit sich bringt. Wäre es nicht viel besser gewesen, statt minderwertigen Zucker aus dem Ausland zu beziehen, auf das Angebot der sowjetischen Zone auf Lieferung deutschen Zuckers im Rahmen des Interzonenhandelsabkommens einzugehen? Dann wüßte man, daß man keinen Ausschuß bekommt, den man noch für teures Geld bezahlen muß; und es wäre dies der natürlichste Vorgang zur Förderung der deutschen Wirtschaftseinheit, die angeblich allen am Herzen liegt.

## CDU-Diktatur gebrochen

Bei der Bürgermeisterwahl in Ettlingen ging die Aera Theophil des I. in Scherben. Trotz größtem Aufwand an Papier, Ueberredungskunst und anderen Mitteln der Stimmungsmacher gelang es der CDU nur 3449 Stimmen für ihren Kandidaten Theophil Kaufmann zu erzielen. Die Bevölkerung gab ihm für seine verfllossene Amtszeit die Quittung. Der Kandidat des demokratischen Parteienblocks DVP, SPD, KPD wurde mit 4176 Stimmen zum neuen Bürgermeister gewählt. Der neue sozialdemokratische Bürgermeister, A. Rimmelsbacher, hat nun Gelegenheit, die fortschrittlich-demokratischen Kräfte, die bereits in der Gemeinderatswahl eine Mehrheit erzielten, zu fruchtbarer Arbeit zum Wohle der Stadt Ettlingen zusammenzuführen. Und Theophil I? Geht er nun ins Exil oder wird er, der große Politiker, im Wirtschaftsrat nun die Bevölkerung ganz Bizonesiens mit seiner segensreichen Tätigkeit beglücken? Sei dem, wie es wolle, die schwarze Diktatur in Ettlingen ist endgültig gebrochen und ihr Repräsentant, Theophil Kaufmann, ist vom Diktatorenstessel gestürzt. Die Ettlinger Bevölkerung atmet auf, und die fortschrittlichen Kräfte werden mit allem Nachdruck daran gehen, eine wirklich demokratische Selbstverwaltung aufzubauen.

### Wo die Polizei vergeblich zugreift!

Seit einiger Zeit befindet sich die Polizei in überhafter Aktivität. Harniserzüge werden kontrolliert, Bahnhofsrazzien durchgeführt. Da schnappt man einen Mann, der einen gefärbten Uniformmantel für 800 RM abstoßen wollte, dort findet man Rasierklingen, Lebensmittel u. Wollsäcken. Dies alles findet man in den Situationsberichten der Landespolizeidirektion. Nun möchten wir ihnen aber zeigen, was die Berichte nicht aufführen:

Am 10. 9. 47 beschlagnahmte die Polizei in Mannheim 10 nageleue Fahrräder, die gerade per Schiff nach Köln transportiert werden sollten. Die Fahrräder trugen keine Firmenmarke, man konnte aber später feststellen, daß sie aus einer bayerischen Fabrik stammten. Für den Transport waren keinerlei Warenbegleitscheine vorhanden so daß klar ersichtlich war, daß sie in Köln schwarz verjokelt werden sollten. Die Polizei stellte die Räder sicher und die Untersuchung ergab, daß die „Vereinigten Glaswerke“ in Mannheim-Waldhof diese Räder ohne Genehmigung nach Köln schaffen wollten.

Am 10. Februar 1948 wurde die Polizei vom Landeswirtschaftsamt aufgefordert, die Räder freizugeben, da sie dringend für Kompensationszwecke gebraucht würden. Resumieren wir: Die Räder wurden vor fünf Monaten im Auftrag der Fa. „Vereinigten Glaswerke“ aufs Schiff gebracht, um nach Köln verschoben zu werden. Eine ungesetzliche Handlung! Nach 5 Monaten legalisiert das Landeswirtschaftsamt diese ungesetzliche Handlung, indem es die Freigabe der beschlagnahmten Räder fordert. Sehen Sie, meine Herren von der Landespolizeidirektion, deswegen sehen wir eure „Großaktionen“ mit einem nassen und einem trockenen Auge. Sie haben zwar das Recht, von Maier 4 Pfund Rohtabak und von Müller 2 Pfund Speck zu beschlagnahmen. Wir haben auch nichts dagegen, wenn Sie der Frau Kunze aus dem Rheinland 8 Bratpfannen abnehmen, weil wir wissen, daß die vielen Maier, Müller und Kunzes summa summarum eine ganze Menge Rohtabak, Speck und Bratpfannen ergeben.

Aber uns wäre es lieber, wenn Sie die Fabriken, die 10 Fahrräder oder 50 Maschinen oder 5000 m Stoff unter dem Deckmantel der Kompensation verschieben, fassen und wenn Sie auch gleichzeitig den Beamten des Landeswirtschaftsamtes, der solche ungesetzliche Handlungen „gesetzlich“ macht, unschädlich machen würden. -wi-

### Umständlicher geht's nicht

Eine Verkäuferin schreibt uns: „Für jede Berufsgruppe wird gesorgt um erleichterte Arbeit, nur bei den Lebensmittelverkäuferinnen und -verkäufern hat man keine Einsicht. Mit jeder neuen Kartenperiode macht man uns die Arbeit schwerer und umständlicher, man nimmt auf unsere Nerven keine Rücksicht. Bald für jeden aufgerufenen Abschnitt muß noch ein Kontrollabschnitt abgeschnitten werden.“

Tag und Nacht könnte man verwenden, um die Marken aufzukleben. Wo bleibt unsere Freizeit, unser Feierabend? Gegenwärtig zum Beispiel ist es ganz drölig. Es gibt Rohrzucker. Bis zum Abend könnte man ein Idiot sein. Für 850 Gramm Zucker gehen allein sieben Abschnitte an einer Karte ab. Wozu dieser Umstand? -- da kann man auch sagen: warum denn praktisch, wenn umständlich besser geht.“

Zum Schluß wünscht unsere Einsenderin, daß die Herren, die diese Anordnungen treffen, selbst einmal sechs Tage hinter dem Ladentisch stehen sollen, dann würde vielleicht manches anders. Wir meinen, wenn diese Herren so arbeiten und hungern müßten wie das Volk, dann würde vielleicht tatsächlich manches anders.

### Bezirkskonferenz der Betriebsarbeiter

Samstag, den 21. Februar vorm. 10 Uhr, Motorenwerke Mannheim, Ecke Waldhof- und Karl-Benz-Straße

Arbeitsminister Rudolf Kohl über das Mitbestimmungsrecht, Gewerkschaftssekretär Paul Schreck über die Einheit der Gewerkschaften. Alle Betriebsarbeiter aus dem Bezirk Nordbaden kommen zu dieser wichtigen Konferenz.

KPD Bezirk Nordbaden

## Zusammenarbeit führt zum Erfolg!

Arbeiterkandidaten bei den Bürgermeisterwahlen in Nordbaden SPD und KPD für die gemeinsame Sache der Arbeiter

Die Bürgermeisterwahlen in Nordbaden zeigten in einer Reihe von Fällen, wie stark bereits der Wille bei den sozialdemokratischen Mitgliedern zur Einheit der Arbeiterbewegung ist. Während es bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen nicht einmal möglich war, eine Listenverbindung beider Arbeiterparteien zu erzielen, weil dies die sture Haltung der sozialdemokratischen Leitungen untersagten, wodurch der Arbeiterschaft eine Anzahl von Mandaten verloren ging, dagegen aber den bürgerlichen Parteien zugute kamen, zogen daraus viele sozialdemokratische Ortsgruppen bei den Bürgermeisterwahlen die einzig richtige Konsequenz und einigten sich mit den Kommunisten auf gemeinsame Kandidaten. Wo dies zustande kam, wurde verhindert, daß ein bürgerlicher Kandidat durchging, sondern der gemeinsame Arbeiterkandidat gewählt wurde.

Hockenheim ist hierfür ein leuchtendes Beispiel. In offener genossenschaftlicher Aussprache kommunistischer und sozialdemokratischer Funktionäre einigte man sich auf ein Minimalprogramm der zukünftigen fortschrittlichen Kommunalpolitik: Der Erfolg war bei der Wahl ein überwältigender. Die Einwohner und Wählerschaft Hockenheims sahen hier zum ersten Male den geschlossenen Einsatz beider Arbeiterparteien für eine gemeinsame fortschrittliche Sache und der gemeinsame Kandidat der Sozial-

demokraten und Kommunisten wurde mit großer Mehrheit gewählt.

Von Bedeutung ist hier noch, daß der bürgerliche Kandidat bei der Stichwahl 1000 Stimmen verlor, wovon der Arbeiterkandidat 400 gewann. In Ketsch, wo der kommunistische Kandidat mit dem CDU-Kandidaten in die Stichwahl kam, einigten sich die Kommunisten und Sozialdemokraten bei gemeinsam abgehaltenen Sitzungen auf ein fortschrittliches Minimalprogramm. Ein gemeinsamer Aufruf an die Wählerschaft von Ketsch hatte zur Folge, daß sich die Bauernvereinsvereine sowie die Schaffenden der DVP anschlossen und bei der Wahl geschlossen für den Arbeiterkandidaten, einen Kommunisten, eintraten, der mit großer Stimmenmehrheit gewählt wurde.

Einen geradezu stolzen Erfolg gemeinsamen einheitlichen Handelns beider Arbeiterparteien zeigte das Resultat in Singen bei Pforzheim. Dort siegte der Arbeiterkandidat, ein KPD-Mann, schon im ersten Wahlgang gegenüber dem CDU-Kandidaten. Dieses geschlossene Auftreten der beiden Arbeiterparteien hatte zur Folge, daß die CDU gegenüber den Gemeinderatswahlen Stimmen von Arbeiterwählern verlor, welche restlos dem gemeinsamen Kandidaten der Kommunisten und Sozialdemokraten zugute kamen. Diese Beispiele zeigen, daß, wo der Wille zur Arbeitereinheit zur Tat wird, der Einfluß und der Vormarsch der Arbeiter sowie aller Schaffenden zum Erfolg führt. -ri-

## Wertvolle Lebensmittel dem Verderb preisgegeben

5600 kg Trockenmilch als Hühnerfutter

Aus Zeitungsberichten und Rundfunk hat die Bevölkerung mit Erregung davon Kenntnis genommen, daß schon seit Anfang Dezember bei der Firma Huber & Co., Mannheim-Industrie-hafen, größere Mengen Trockenmilch lagern und daß gleich bei Ankniff derselben festgestellt wurde, daß 56 Fässer, d. h. 5600 kg Trockenmilch, beschädigt waren. Die Firma meldete sofort diesen Tatbestand, wobei allerdings fraglich ist, ob die Meldung auch wirklich an die „kompetente“ Stelle anlangte, was bei der Vielzahl von Aemtern und Behörden und Instanzen nicht verwunderlich ist. Auf jeden Fall rührte sich auf die Meldung der Firma Huber & Co. nichts und wertvolle Wochen verstrichen, während denen die Bakterien ihr Zerstörungswerk beginnen konnten.

Endlich griff man mit gewohnter amtlicher Klarheit ein und erklärte die Trockenmilch kurz und bündig zum Hühnerfutter. Ein beträchtlicher Teil davon, wurde verschiedenen Hühnerhaltern aus Mannheim und Umgebung geliefert, aber die Hühnerhalter ließen sich absolut nicht von der Bezeichnung „Hühnerfutter“ davon abhalten, die Trockenmilch menschlicheren Zwecken zugänglich zu machen. Einer war gerade dabei, verschiedene Päckchen, wahrscheinlich für Verwandte und Bekannte, fertigzustellen, als die Polizei erschien. Die Hühner werden sich sicherlich darüber nicht freuen haben. Ein gewisser Teil des Hühnerfutters ging auch auf den „Schwarzen Markt“, ohne daß den Käufern der Unterschied zwischen Hühnerfutter und guter Trockenmilch aufgefallen wäre.

Die Polizei ließ Stichproben aus den bei den Hühnerhaltern beschlagnahmten Beständen untersuchen und sie wurden für den menschlichen Genuß,

zum mindestens für Großverbraucher, Werkküchen etc. einwandfrei befunden. Allerdings wurde zwei Tage später der erste Befund von der untersuchenden Instanz, nämlich der Stadt, Ernährungs-Ueberprüfungsstelle, wieder umgestoßen und die Milch für verdorben erklärt. Wir hörten aber läuten, daß unterdessen die Stadt, Ernährungs-Ueberprüfungsstelle „interessierten Besuch“ empfangen hatte.

Noch eine „geheimnisvolle“ Angelegenheit, die blitzlichtartig die gesamte Situation beleuchtet. Gleich nachdem bekannt wurde, daß die Polizei sich des Falles bemächtigt hatte, wurden die Hühnerhalter von einer gewissen Firma Angelmeier, die in enger Beziehung zum Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverband steht, gewarnt. Ein Hühnerhalter rührte darauf sofort 5 Zentner des kostbaren „Futters“ an, ein anderer wurde gerade beim „Umpacken“ von der Polizei überrascht. Leider konnte man bisher noch nicht feststellen, wer eigentlich von der Firma Angelmeier aus angerufen hatte.

Wir machen uns über den Ausgang dieser Geschichte keinerlei Illusionen. Es wird niemand, außer ein paar kleinen Wichten, gefaßt werden. Das ist zwar verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die maßgeblichen Behörden zwei Monate warteten, bevor man die beschädigten Fässer Trockenmilch schlicht und einfach zum „Hühnerfutter“ erklärte. Hätten diese Behörden schneller reagiert, dann wäre ein Großteil der Milch zu retten gewesen. Aber Schwamm darüber! Dieses Mal hätten beinahe die Hühner gelacht, der Amtsschimmel rollt sich vor Lachen. Die empörten Verbraucher aber werden dafür sorgen, daß den Bürokraten in Frankfurt und anderswo, die ihn mit solcher Ausdauer reiten, das Lachen vergeht. -wi-

## Gefängnis für Gefängnisdirektor

Franz Krüger, ehemals Gefängnisdirektor in Ludwigsburg, Karlsruhe, Bruchsal und Mannheim zu 18 Monaten verurteilt

Unsere Leser erinnern sich noch lebhaft jenes Kampfes, den wir ausfechten mußten, um aus dem badischen Strafvollzug eine an einflußreicher Stelle stehende Person zu entfernen, die wir damals ganz offen als Hochstapler bezeichneten. Franz Krüger war Direktor der Strafanstalt in Karlsruhe und später in Bruchsal, als wir unsere Angriffe gegen ihn erhoben und auch nicht verhehlten, daß höchst seltsame Zustände in einem Verwaltungsapparat herrschen müssen, wo derartige Persönlichkeiten den Ton angeben können. Und Krüger gab den Ton an. Er entließ auf unsere Artikel-

serie hin einige Beamte, richtete einen ausgeklügelten Spitzdienst ein und versetzte sich, gestützt auf maßgebliche Protektion, zu der Drohung, er werde unser Blatt verbieten lassen. Doch das „Badische Volksecho“ ließ sich nicht darin beirren, weiterhin die Dinge auszusprechen wie sie sind. Die Bruchsaler Bevölkerung und die Beamten, ja sogar das Justizministerium, wußten uns Dank dafür, daß wir kein Blatt vor den Mund nahmen. Nachdem seine Stellung in Bruchsal unhaltbar geworden war, wurde Krüger kommissarisch als Direktor im Landesgefängnis in Mannheim eingesetzt. Wir zwangen

ihn dazu, sich zu verantworten und sich mit unseren Beschuldigungen auseinanderzusetzen. Ziemlich sanft- und klanglos verschwand er daraufhin von der Bildfläche.

Und nun hören wir wieder von ihm durch eine Notiz in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 24. 1. 48, wonach der 31jährige verheiratete F. Krüger, vormals Gefängnisdirektor in Karlsruhe, Ludwigsburg, Bruchsal und Mannheim, vom amerikanischen Militärgericht in Göppingen wegen Waffenbesitz zu 18 Monate Gefängnis verurteilt wurde. Der Kreislauf hat sich vollendet. Krüger ist wieder im Gefängnis gelandet, woher er kam und wohin er auch gehört, aber nicht als Gefängnisdirektor, sondern als Gefangener.

Augenfällig drängt sich hieraus die Lehre auf, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Auch heute noch sind viele Krüger in den Verwaltungen und wir werden uns niemals durch einen falschen Respekt, der in Wirklichkeit nichts anderes ist als der alte, verdammte Untertanengeist, dazu verleiten lassen, zu schweigen, wo man sprechen muß, und hässliche Geschwüre und Eiterbeulen zu übersehen, die man aufstechen und beseitigen muß. -t-

## Unter der Lupe

### Akrobat schö-ö-ö-ön!

Wenn ein Bürgermeister während seiner Amtszeit versagt hat, dann tut er gut daran, sich nicht wieder zur Neuwahl zu stellen. Am allerwenigsten dann, wenn diese Wahl durch die gesamte Bevölkerung vorgenommen wird.

Herr Dr. Gaa, seines Zeichens gewesener Bürgermeister in Schwetzingen, hat hier ganz gut geschaltet. Er wußte, daß seine Tätigkeit als Bürgermeister von Schwetzingen die richtige Würdigung von seiten der Bevölkerung finden würde und hat auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Doch Herr Dr. Gaa hat auch in anderer Weise richtig geschaltet. Er kennt seine Leute von der, ach, so christlich-demokratischen Union und bewarb sich um den Posten eines Landrates im Landkreis Mannheim.

Und siehe da, Herr Dr. Gaa hat sich in der Verbundenheit mit seinen Parteigängern nicht getäuscht und fand sogar in den DVP-Kreistagsabgeordneten noch Dumme.

So ergibt sich nun dasselbe Bild, daß ein Bürgermeister-Versager nicht von der politischen Arena verschwindet, sondern zum Landrat aufrückt.

Wir hoffen und wünschen, daß in sechs Jahren die Wahl des Landrats ebenfalls durch die Bevölkerung und nicht durch Parteifreunde vorgenommen wird. Wir sind heute schon gewiß, daß dann Herr Dr. Gaa nicht wieder als Landratskandidat auftritt. -wa-

### Ein Volksschädling

In Wallstadt wurde ehemaliges Allmendgelände an Kleingärtner vergeben. Einer der bisherigen Pächter dieses Geländes, der Metzgereibesitzer Jakob Reissiegel, nahm dies zum Anlaß, um 8 Obstbäume, Zwetschgen-, Aepfel- und Birnenbäume, welche noch im vorigen Jahre eine reiche Ernte gegeben hatten, glattweg abzusägen. Dieser ehemalige SS-Reitersturmann hat durch diese verwerfliche Handlung seine verbrecherische, nazistische Gesinnung offen gezeigt. Die abgesägten Obstbäume waren weder sein Eigentum, noch hat er sie eingepflanzt. Reissiegel vertritt die Auffassung, „wenn es nur mir reicht“. Wir verlangen, daß die Stadt Mannheim, die jetzige Eigentümerin der Grundstücke, energisch gegen diesen ehemaligen SS-Mann vorgeht. KPD Wallstadt.

Wir suchen für unsere Büroräume einige Putzfrauen gegen gute Bezahlung.

KPD-Bezirksvorstand Nordbaden Mannheim - S 3, 10

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber Mannheim Druck: Mannheim Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-5. Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 29 000.